



### Silvesternacht: Verfassungsklage eingegangen

**Münster.** Der Streit zwischen der NRW-Landesregierung und der Opposition über lückenhafte Informationen an den Silvesternacht-Ausschuss beschäftigt jetzt das Landesverfassungsgericht. Drei CDU-Abgeordnete und ein FDP-Abgeordneter hätten als Mitglieder des Ausschusses eine Klage beim Verfassungsgerichtshof gegen die Landesregierung eingereicht, teilte das Gericht gestern mit. Ein Verhandlungstermin steht noch nicht fest (Az.: VerfGH 12/16). Bei dem Streit geht es um Telefonaten und weitere zentrale Unterlagen. Die Landesregierung lehnt es ab, dem Ausschuss Telefonverbindungsdaten von Ministerpräsidentin Hannelore Kraft (SPD) vorzulegen, die mit den Vorfällen in Zusammenhang stehen. Die Staatskanzlei hatte einzelnen Ausschuss-Obleuten angeboten, vertraulich Einsicht zu nehmen, hatte sich aber ansonsten auf einen geschützten Kernbereich des Regierungshandelns berufen. (dpa)

### Experten fordern Zugangskontrolle bei Groß-Events

**Köln.** Die deutschen Polizeibehörden wollen umfangreiche Konsequenzen aus den massenhaften sexuellen Übergriffen in der vergangenen Silvesternacht ziehen. Wie der Kölner „Express“ unter Berufung auf Arbeitsergebnisse der Bund-Länder-Projektgruppe „Silvester“ berichtet, soll es künftig bei vergleichbaren Massenveranstaltungen häufiger Einlasskontrollen geben, außerdem sollen verstärkt Videoüberwachung, Polizeipferde und Hubschrauber zum Einsatz kommen.

Die Projektgruppe unter Führung des Bundeskriminalamts (BKA) war eingesetzt worden, um eine Wiederholung solcher Ereignisse zu verhindern. Über Handlungsempfehlungen wollen heute und morgen auch die Innenminister von Bund und Ländern bei ihrer Herbstkonferenz in Saarbrücken beraten.

Wie der „Kölner Express“ unter Berufung auf den Entwurf des Abschlussberichts meldet, sollen künftig mobile Dienststellen die Strafverfolgung erleichtern. Vorge schlagen wird demnach auch der Einsatz von Beamten, die eigens zur Anzeigenaufnahme bei Sexualdelikten ausgebildet sind. (dpa)



Bildergalerie auf ►  
an-online.de

Mit Räumpanzern und Schutzschilden: Dutzende Polizisten schützten gestern Rodungsarbeiten im Hambacher Forst. RWE-Arbeiter überschritten dabei erstmals die alte Trasse der A4, die Aktivisten als Rote Linie ausgegeben hatten. Fotos: Polizei, Carsten Rose

## Der Friedensplan ist in Gefahr

Seit Monaten verhandeln RWE, Umweltaktivisten und ihre Sympathisanten darüber, wie die Gewalt im Hambacher Forst beendet werden kann. Die jüngsten Vorfälle machen kaum Hoffnung auf eine Einigung.

VON MARLON GEGO

**Merzenich.** Die ersten Befürchtungen von einer erneuten Gewalteskalation im Hambacher Forst bestätigten sich nicht, die Polizei war gestern Morgen nur gekommen, um die Rodungsarbeiten von RWE zu schützen. Die Polizei räumte Barrikaden aus dem Weg, schütete Gräben zu und sorgte dafür, dass die Waldarbeiter ihrer Arbeit nachgehen konnten. Sonst passierte bis gestern im Hambacher Forst nicht viel, jedenfalls bis gestern Abend nicht.

Das Problem der gestern bei Merzenich-Morschenich begonnenen Rodungsarbeiten ist, dass sie vom Tagebau Hambach aus gesehen jenseits der alten A4-Trasse stattfinden, die Umweltaktivisten und viele Sympathisanten aus allen Teilen der Gesellschaft als Rote Linie bezeichnen. Bis zur alten Trasse würde man Rodungen und das Betreiben des Tagebaus akzep-

tieren, hieß es, das Gelände dahinter, auf dem auch die Reste des Hambacher Forsts stehen, sollte RWE zunächst nicht antasten. Seit Monaten wird in vielen Gesprächen zwischen Aktivisten, ihren Sympathisanten, RWE und manchmal auch der Polizei darüber diskutiert, ob es nicht einen Kompromiss geben kann, der am Ende zum Erhalt von Resten des Hambacher Forsts führen soll. Und vor allem dazu, dass die gewalttätigen Auseinandersetzungen zwischen einigen der Aktivisten und RWE-Mitarbeitern endlich aufhören.

Die Aktivisten und Initiativen wie „Buirer für Buir“ begreifen das Überschreiten der alten A4-Trasse als Provokation. „Für mich gefährdet RWE mit diesen Rodungen wesentlich und bewusst die derzeit laufenden Friedensgespräche und setzt auf Vernichtung statt auf Schlichtung“, sagte gestern „Buirer für Buir“-Sprecherin Antje

Grothus. Sie räumte allerdings ein, dass dies in gleichem Maß für die gewaltsamen Aktionen gilt, die in den vergangenen Wochen aus dem Hambacher Forst heraus begangen wurden. Erst am Wochenende waren von Unbekannten vier Brände rund um den Tagebau Hambach gelegt worden, unter anderem an Trafoanlagen.

Wer sind die Straftäter?

Wer genau die Straftäter unter den Aktivisten sind, weiß die Polizei nicht oder jedenfalls nicht genau. Doch nach Recherchen unserer Zeitung gilt mittlerweile als sicher, dass immer wieder Gruppen aus dem regionalen linksautonomen Spektrum in den Hambacher Forst reisen und dort zum Beispiel Steine auf Polizisten und RWE-Mitarbeiter werfen. Möglich auch, dass in diesen linksautonomen Gruppen die Täter zu suchen sind, die im April Anschläge auf die Stromver-

sorgung der Tagebaue Inden und Hambach verübt hatten.

Sowohl die Polizei als auch Antje Grothus bestätigten gestern, dass die Gewalttaten selbst im Wiesen-camp am Hambacher Forst umstritten sind, in dem seit 2012 Braunkohleaktivisten leben. Trotzdem geht Aachens Polizeipräsident Dirk Weinspach davon aus, dass nach wie vor „ein militanter Kern von Aktivisten im Wiesen-camp“ lebt.

Dass die vielen Gespräche, die auch die Aachener Polizei mit den Aktivisten geführt hat, die Gewalt bislang nicht beenden konnten, kommt für Weinspach nicht überraschend. „Ich habe mich keinen Illusionen hingeben, ich habe lediglich gehofft.“ Immerhin: Die Zahl der Straftaten rund um den Tagebau Hambach hat zwischen August und Oktober 2016 im Vergleich zum selben Zeitraum des Vorjahres um zwei Drittel abgenommen.

## Beute aus dem Bankschließfach

Haftstrafe für 51-jährigen Türken. Allein in Aachen 90 000 Euro gestohlen.

VON ULRICH PFAFF

**Aachen/Paderborn.** Wie ein Panzerknacker sieht der 51-Jährige nicht aus, der auf der Anklagebank im Paderborner Landgericht sitzt. Doch der Türke mit der wallenden grauen Mähne hat über mehr als zwei Jahre etliche Schließfachanlagen in Banken aufgebrochen. Auch in Aachen hatte er hohe Beute gemacht, dafür muss er für vier Jahre ins Gefängnis.

Insgesamt 16 Mal zwischen Mai 2014 und Mai 2016 hat der 51-Jährige, der sich bis zu seiner Festnahme in Ostwestfalen illegal in Deutschland aufhielt, Bankfilialen heimgesucht und Schließfächer für Kontoauszüge gewaltsam geöffnet, indem er sich durch Aufhebeln von Fenstern oder Aufstemmen von Türen der Kassenvorräume Zugang verschafft hatte. Die Beute variierte: Mal wurden nur Papiere oder Kontoauszüge gestohlen, oft aber waren es auch höhere Geldbeträge, die er in den Schließfächern fand – obwohl in Schließfächern eigentlich kein Geld gelagert werden darf.

Auch in Aachen hatte er es auf die Schließfächer abgesehen: Am 20. April 2014 gelangte er vom Vorräum aus ins Innere der Sparkasse am Elisenbrunnen, indem er die Glastür aufhebelte. Von 660 Schließfächern brach er anschließend 280 auf. Seine Beute: 90 000 Euro in bar, der höchste Betrag al-

ler in diesem Verfahren angeklagten Fälle.

Der 51-Jährige war zusammen mit einem 44 Jahre alten Deutsch-Türken aus Gütersloh in dessen Auto nach einem erneuten Einbruchversuch in Lage im Kreis Lippe am 21. Mai festgenommen worden. Die Paderborner Kriminalpolizei hatte ihn nach einem Sparkassenbesuch im September anhand des Fotos einer Überwachungskamera identifiziert und war durch eine rückwirkende Funkzellenauswertung auch auf das Handy des Angeklagten gestossen. Das war jeweils zur Tatzeit an Tatorten eingeloggt gewesen, deren Zahl mit der Dauer der Ermitt-



Leichte Beute: Bankschließfächer wie dieses brach ein 51-Jähriger reihenweise auf. Foto: Archiv/dpa

lungen stetig zunahm. Mit einer Überwachung der Telefongespräche sammelten die Ermittler im April und Mai genügend Beweise und stoppten das Auto des Mannes in Paderborn. Im Kofferraum fand sich Einbruchswerkzeug.

Am Ende Tränen

Dem Landgericht Paderborn, wo gegen den Mann verhandelt wurde, hätte angesichts der vielen Fälle eine langwierige Beweisaufnahme gedroht. Am zweiten Prozessstag kamen Richter, Staatsanwaltschaft und Verteidiger überein, das Verfahren abzukürzen: Der 51-Jährige gestand mehrere der Taten, bei denen an der Beweislage nichts zu deuteln war, weil der 44-jährige Mittäter bereits bei der Polizei Geständnisse abgelegt hatte. Dafür bekam der 51-Jährige mit vier Jahren Haft eine geringere Strafe, als wenn etliche weitere Zeugen hätten geladen und neue DNA-Gutachten hätten angefertigt werden müssen.

So fiel die Tat in Aachen nicht weiter ins Gewicht. Sein Begleiter kam wegen der Aufklärungshilfe mit einer Bewährungsstrafe davon. Der mehrfach einschlägig vorbestrafte 51-Jährige soll nach Verbüßung der Hälfte der Haftzeit ein weiteres Mal in die Türkei abgeschoben werden. Diesmal, so beteuerte er unter Tränen, werde er dort auch bleiben.

## Weiter vier Sonntage

Minister will Ladenöffnungsgesetz nicht antasten

**Düsseldorf.** Trotz zunehmender Rechtsunsicherheit strebt die nordrhein-westfälische Landesregierung keine Veränderungen bei den Ausnahmeregelungen für Ladenöffnungen an Sonn- und Feiertagen an. An dem zwischen Handel, Gewerkschaften, Kirchen und Kommunen erzielten Konsens von maximal vier Sonntagsöffnungen pro Geschäft solle festgehalten werden, erklärte NRW-Wirtschaftsminister Gerd Duin (SPD) gestern in Düsseldorf. Die Landesregierung werde das Gesetz so beibehalten. Zugleich kündigte Duin die Einberufung eines Runden Tisches mit Vertretern der Interessengruppen an, um sich über „rechtssichere Sonntagsöffnungen“ zu verständigen.

Seit Juni 2016 hatte die Gewerkschaft Verdi in NRW vor den zuständigen Gerichten gegen 17 verkaufsoffene Sonntage geklagt und erfolgreich einstweilige Verfügungen erwirkt. Daraufhin hatten andere Kommunen vorsorglich bereits beschlossene Ladenöffnungen an Sonntagen wieder abgesagt. Das Bundesverwaltungsgericht hatte Verdi im November 2015 erstmals ein Klagerecht gegen verkaufsoffene Sonntage in einzelnen Kommunen zugestanden.

Nach dem NRW-Ladenöffnungsgesetz können Geschäfte maximal an vier Sonntagen pro Jahr öffnen. Auf ihrem gesamten Stadtgebiet kann eine Kommune

jährlich bis zu elf verkaufsoffene Sonntage beschließen. Voraussetzung sind entsprechende Anlässe wie Stadtfeste oder Weihnachtsmärkte. Dabei muss das Ereignis mehr Besucher anziehen, als wegen der Geschäftsöffnung kommen würden.

Er sehe gegenwärtig keinen gesetzlichen Änderungsbedarf, sagte Duin. Allerdings gebe es in Städten und Gemeinden durch die jüngsten Gerichtsentscheidungen eine spürbare Verunsicherung. Die Gerichte hätten Sonntagsöffnungen vor allem wegen unzureichender Anlässe oder fehlender Besucherprognosen der Kommunen gestoppt. Das Wirtschaftsministerium plane jetzt eine Handreichung zur rechtssicheren Anwendung des Gesetzes.

In Bayern drei, in Berlin acht

Sonn- und Feiertage seien vom Grundgesetz und der Landesverfassung als Tage der Gottesverehrung, der seelischen Erhebung, der körperlichen Erholung und Arbeitsruhe geschützt, betonte Duin. Selbst aus dem Handel in NRW gebe es derzeit keine Forderungen für mehr verkaufsoffene Sonntage. Bundesweit reiche die Skala der Sonntagsöffnungen von drei in Bayern bis acht in Berlin. Zwei Drittel der Bundesländer haben sich für vier verkaufsoffene Sonntage entschieden. (kna)

### KAMPAGNE DES TAGES



► Die Ministerin mit Stempel auf der Stirn – damit Demenz-Patienten nicht abgestempelt werden: Zum Start der Kampagne „Mensch. Auch mit Demenz“ hat sich NRW-Gesundheitsministerin Barbara Steffens (Grüne) den Kampagnentitel auf die Stirn stempeln lassen. „Wir dürfen Menschen mit Demenz nicht abstempeln“, sagte sie gestern. Mit der Kampagne wollen das Land, die Pflegekassen und das Kuratorium Deutsche Altershilfe für eine offenere Haltung gegenüber Demenzpatienten werben. Ziel sei es, die Erkrankten in die Gesellschaft zu integrieren. Auf Großflächenplakaten und mehr als 50 000 Postkarten sollen Menschen mit dem Kampagnen-Stempel im Gesicht gezeigt werden. „Wir wollen das Thema Demenz aus der Tabuzone holen und die Menschen dazu bringen, sich mit dem Thema im Dialog auseinanderzusetzen“, sagte Steffens. Dem Gesundheits- und Pflegeministerium zufolge leben in NRW derzeit rund 320 000 Menschen mit Demenz. Bis 2050 wird sich die Zahl voraussichtlich verdoppeln. (dpa)/Foto: dpa

### KURZ NOTIERT

#### Frau liegt über ein Jahr tot in ihrer Wohnung

**Köln.** Eine alte Frau hat in Köln wohl mehr als ein Jahr lang tot in ihrer Wohnung gelegen. Polizei und Feuerwehr hätten sie nun gefunden, sagte ein Polizeisprecher gestern. Eine Zeugin habe sich gemeldet und berichtet, dass sie die 84-Jährige schon seit mehr als einem Jahr nicht mehr gesehen habe. „Wir sind dann mit der Feuerwehr über den Balkon in die Wohnung“, sagte der Polizeisprecher. Dort habe man die Frau im Wohnzimmer entdeckt. Nach derzeitigem Stand starb sie vor gut einem Jahr eines natürlichen Todes. (dpa)

#### Salafisten verteilen Mohammed-Biografien

**Düsseldorf.** Erneut sind in mehreren Städten in NRW Salafisten auf Menschenfang gegangen. Der Verein „We love Muhammad“ habe am Wochenende in Münster, Köln und Iserlohn Mohammed-Biografien verteilt, bestätigte ein Sprecher des NRW-Verfassungsschutzes gestern in Düsseldorf. In Münster sei auch der Kopf der Gruppe, Pierre Vogel, vor Ort gewesen. Vor knapp zwei Wochen war der radikal-islamistische Verein „Die wahre Religion“ mit seiner „Lies“-Verteilaktion verboten worden. Auch mögliche Nachfolgeorganisationen sind davon erfasst. Es sei Sache des Bundesinnenministers zu prüfen, ob es sich bei „We love Muhammad“ darum handele, hieß es.

### LEUTE



► Die Düsseldorferin Julia Christ (30), die als erste deutsche Frau ins All fliegen wollte, ist im Bewerbungsverfahren nicht in die nächste Runde gekommen. „Ich bin natürlich traurig, dass es nicht geklappt hat“, sagt die junge Ärztin. „Aber ich bin sehr gespannt, wie es für die anderen weitergeht.“ Die zehntägige Mission zur Internationalen Raumstation (ISS) im Jahr 2020 wurde von der privaten Initiative „Die Astronautin“ ausgeschrieben. Julia Christ ist bis in die Runde der letzten 80 gekommen. (km)/Foto: Krömer

### KONTAKT

Regionalredaktion:  
(montags bis freitags, 10 bis 18 Uhr)  
Tel.: 0241/5101-469  
Fax: 0241/5101-360  
euregio-an@zeitungsverlag-aachen.de